

Freitag, 1. Juni 2007

Staudinger kein aktuelles Thema???

CDU-Fraktion lehnt Dringlichkeit ab

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 22. Mai 2007 im Bürgerhaus Mainflingen, stellte die SPD-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag, um an diesem Abend einen weiteren Punkt auf die Tagesordnung aufzunehmen. Es handelte sich um eine Resolution, in der sich die Gemeindevertretung klar gegen den von E.ON geplanten Ausbau des Kraftwerkes Staudinger ausspricht.

Nachdem bei der Bürgerversammlung zum gleichen Thema eine generelle Ablehnung der Bevölkerung deutlich geworden ist, vertritt die SPD-Fraktion die Ansicht, dass sich auch die Gemeinde den Forderungen nach einer nachhaltigen Energiepolitik sowie dem Verzicht auf neue fossile Großkraftwerke anschließen muss. Lediglich ein geschlossener Widerstand der Region kann zum Erfolg führen.

Die Dringlichkeit war in der Sitzung am 22. Mai 2007 gegeben, da bereits am 06. Juli 2007 eine öffentliche Regierungsanhörung zum Thema Staudinger stattfinden wird. Das Ergebnis dieser Anhörung entscheidet unter anderem über die entsprechenden Genehmigungsverfahren wie z.B. ein Raumordnungsverfahren oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung.

Um der Gemeindevertretung sowie dem Gemeindevorstand die benötigte Zeit zu geben, bis zum Anhörungstermin im Juli ihre Standpunkte bei den entsprechenden Stellen darlegen zu können, strebte die SPD-Fraktion eine schnelle Entscheidung zugunsten der Zukunft von Mainhausen an.

Die CDU-Fraktion war hier jedoch anderer Meinung. Der Fraktionsvorsitzende Christian Keller erläuterte in seiner Rede, dass die bevorstehende Regierungsanhörung sicher keinen oder nur sehr geringen Einfluss haben werde. Weiterhin wäre Staudinger noch länger Gesprächsthema und man könne sich auch später noch damit auseinandersetzen. Bei der anschließenden Abstimmung lehnten die Vertreter der CDU-Fraktion den Dringlichkeitsantrag ab und verhinderten damit die Aufnahme der Resolution auf die Tagesordnung.

Mit dieser Entscheidung ist der Gemeinde Mainhausen die Möglichkeit genommen, bis zum Anhörungstermin am 06. Juli 2007 für Ihre Bürgerinnen und Bürger zu sprechen und sich für eine lebenswerte Zukunft in Mainhausen einzusetzen. Die SPD-Fraktion hofft, dass die Resolution bis zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung doch noch die Zustimmung der CDU finden wird und sich auch Mainhausen dem bereits aufgeflamten Widerstand der umliegenden Kommunen anschließen wird.

Abschließend möchte die SPD-Fraktion darauf hinweisen, dass es beim Thema Staudinger nicht um die Verwirklichung von parteipolitischen Zielen geht, sondern lediglich um die Sicherung der Lebensqualität in unserer Gemeinde.

Nachfolgend die von der SPD-Fraktion in die Gemeindevertretung eingebrachte Resolution:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mainhausen spricht sich klar gegen den geplanten Neubau des Blockes VI im Kraftwerk Staudinger aus, welcher im Jahr 2008 begonnen werden soll.

Die Gemeindevertretung Mainhausens

- lehnt den von E.ON geplanten Bau des Blockes VI ab, wenn damit nicht nachweislich eine deutliche Reduzierung des tatsächlichen Schadstoffausstoßes in der Gesamtheit verbunden ist.
- fordert E.ON auf, im Genehmigungsverfahren eigene Beiträge vorzulegen, die im Ergebnis zu einer Verbesserung der ökologischen Situation in der Region führen.
- fordert E.ON auf, vom Neubau fossiler Großkraftwerke Abstand zu nehmen und eine zukunftsorientierte Energiepolitik im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu betreiben. Oberste Priorität hat hierbei die Förderung der erneuerbaren Energien.

- unterstützt die Forderung nach einem länderübergreifenden Raumordnungsverfahren.

~~- fordert den Gemeindevorstand auf, sich in die Debatte einzuschalten und ebenfalls seine Ablehnung öffentlich kundzutun.~~ Er soll mit den Verantwortlichen der umliegenden Städte und Gemeinden Gespräche führen, um eine gemeinsame Vorgehensweise zur Verhinderung des Neubaus zu erarbeiten. Gegebenenfalls ist ein Rechtsbeistand in Anspruch zu nehmen, welcher die Interessen Mainhausens vertritt. Die Bürgerinnen und Bürger Mainhausens sind über künftige Entwicklungen ausgiebig zu informieren.

Begründung:

Der von E.ON geplante Ausbau des Block VI mit einer Gesamtleistung von 1100 Megawatt ist aus den nachfolgenden Gründen nicht tragbar:

1)
Der neue Kraftwerksblock soll mit Steinkohle befeuert werden. Der stündliche Verbrauch liegt bei etwa 385 Tonnen Kohle. (jährlich mehr als 3 Millionen Tonnen) In Zeiten des voranschreitenden Klimawandels ist es unverantwortlich fossile Großkraftwerke mit einer Laufzeit von etwa 40 Jahren zu planen, wenn der neueste UN-Klimabericht besagt, dass in den nächsten 10 bis 15 Jahren eine grundlegende Änderung der Energiepolitik erfolgen muss. Trotz dieser wissenschaftlich belegten Fakten wird der Betreiber E.ON nach dem Ausbau im Jahr 2013 insgesamt 8 Millionen Tonnen des Klimakillers CO² pro Jahr in die Atmosphäre ausstoßen. Weiterhin wird sich der Ausstoß von Feinstaub von 300 Tonnen auf 800 Tonnen pro Jahr erhöhen, der Ausstoß von Schwefeloxiden von 1.000 auf 7.000 Tonnen steigen.

Der Regionalplan Südhessen (Entwurf 2007) sieht vor, dass Großkraftwerke mit einer Leistung von mehr als 200 Megawatt nur erweitert bzw. errichtet werden sollen, wenn sich aus dieser Maßnahme in der Gesamtheit ökologische Vorteile ergeben. Die vorgenannten Werte belegen jedoch, dass allein dieser Punkt nicht gegeben ist und eine Erweiterung abgelehnt werden muss.

2)
Die Stromerzeugung im geplanten Block VI wird zum größten Teil über ein konventionelles Dampfkraftwerk erfolgen. E.ON setzt somit auf eine nicht mehr zeitgemäße und überholte Technik. Bei dieser Art der Stromerzeugung wird lediglich ein Wirkungsgrad von etwa 46% erreicht. Im Umkehrschluss heißt das, dass 54% der bei der Verbrennung erzeugten Energie ungenutzt über die Kühltürme entweicht. Eine Steigerung der Energieeffizienz ist nicht gegeben. Rechnet man zudem die Emissionen und Kosten ein, die beim Abbau und dem Transport der Kohle zum Kraftwerk entstehen, reduziert sich der ohnehin geringe Wirkungsgrad um weitere 10 bis 15%.

Eine zukunftsorientierte Variante der Energieerzeugung in fossilen Kraftwerken steht jedoch mit der Kraft-Wärme-Kopplung zur Verfügung. Bei dieser Technik wird nicht ausschließlich Strom erzeugt, sondern die entstehende Wärme wird ausgekoppelt und als Nah- bzw. Fernwärme genutzt. Der Wirkungsgrad einer solchen Anlage liegt bei 80% bis 85% und ist somit etwas doppelt so hoch wie bei der von E.ON geplanten Variante. Der Regionalplan Südhessen gibt vor, dass bei einem Bedarf an überörtlicher Stromerzeugung Kraftwärme gekoppelten Anlagen grundsätzlich der Vorzug zu geben ist und dass der Wirkungsgrad bestehender Anlagen durch vermehrte Wärmeauskopplung und Abwärmennutzung zu erhöhen ist. Beiden Punkten kommt E.ON in seinen Planungen nicht nach.

3)
Der neue Kraftwerksblock VI ist als Grundlastkraftwerk geplant. Ein Grundlastkraftwerk arbeitet nahezu 24-Stunden am Tag und wird nicht nur zu Spitzenzeiten zugeschaltet. Die Mehrbelastung an Schadstoffen, die durch einen Ausbau auf die Bürgerinnen und Bürger der Region und Mainhausens zukommt, ist somit ohne Unterbrechung gegeben und wird zur Dauerbelastung. Im ohnehin übernutzten Ballungsraum des Rhein-Main-Gebietes mit einer bereits bestehenden Belastung von 73 Millionen Fahrzeugen, 240.000 Flugzeugen und einem momentanen

CO²-Ausstoß von Staudinger in Höhe von 5 Millionen Tonnen pro Jahr, ist eine immense Ausweitung der Schadstoffbelastung nicht zu verantworten. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der Strom, der im neuen Kraftwerksblock erzeugt wird, in unserer Region nicht benötigt wird und zum großen Teil überörtlich verkauft wird. ~~Die Bürgerinnen und Bürger der Region werden somit lediglich die Belastung durch Schadstoffe zu tragen haben, während der Konzern E.ON den Strom beispielsweise in Hannover verkaufen wird.~~

Es ist zwingend erforderlich ein länderübergreifendes Raumordnungsverfahren durchzuführen. Bei diesem Verfahren muss geprüft werden, ob die vorgenannten Mehrbelastungen der Region zugemutet werden können.

Die Gemeindevertretung Mainhausen fordert von den Energiekonzernen und den Politikern auf Bundes- und Landesebene eine zukunftsorientierte und nachhaltige Energiepolitik, damit auch unsere Kinder noch in der Welt leben können, die für uns heute selbstverständlich ist.

www.spd-mainhausen.de

SPD Mainhausen, V.i.S.d.P. Gisela Schobbe, Schillerstraße 68, 63533 Mainhausen